



## **ENDE EINER HEGEMONIE: RUSSLANDS SCHWINDENDER EINFLUSS IM SÜDKAUKASUS UND NEUE ORDNUNGSAKTEURE**

Die CISS Munich Working Papers spiegeln die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wider. Sie stellen nicht die Meinung der Bundeswehr oder der Universität der Bundeswehr München dar. Die Reihe wird vom Center for Intelligence and Security Studies (CISS) an der Universität der Bundeswehr München herausgegeben. Die Working Paper Serie am CISS befasst sich mit aktuellen, historischen und strategischen Fragestellungen in den Bereichen Sicherheit und Intelligence, Militär und Technologie, Politik und gesellschaftlichem Wandel. Die Reihe ordnet Entwicklungen in diesen Bereichen ein, liefert Analysen und Denkanstöße und skizziert Handlungsoptionen.

Weitere Ausgaben: <https://www.unibw.de/ciss/working-paper-series>

**ISSN 3053-7800**

## Zusammenfassung

Russlands Hegemonie im Südkaukasus ist Geschichte. In Aserbaidschan ist der sicherheitspolitische Hebel weitgehend verloren, in Georgien hält er über Militärpräsenz in besetzten Gebieten an und in Armenien bleibt Russland über Energie und Infrastruktur tief verankert. Die Erosion russischen Einflusses bedeutet weder Demokratisierung noch Verwestlichung. Die entstehende Lücke füllen die Türkei als neuer sicherheitspolitischer Ordnungsakteur, die USA als Infrastrukturpartner und China als wachsende Wirtschaftsmacht. Deutschland und die EU stehen vor der Aufgabe, diese Realität anzuerkennen. Eigene Gestaltungsmacht ist im Südkaukasus begrenzt. Die realistischste Option besteht darin, die türkisch-armenische Normalisierung zu unterstützen und die Energieanbindung Armeniens und Georgiens an Europa voranzutreiben.

Von Bojan Laganin

### Russlands Hebel im Südkaukasus: Eine Bestandsaufnahme

In der „Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation“<sup>1</sup> vom 31. März 2023 ist das außenpolitische Ziel Moskaus im postsowjetischen Raum bemerkenswert offen formuliert: „Die Bekämpfung der Stationierung bzw. Festigung der militärischen Infrastruktur unfreundlicher Staaten“. Gemeint sind damit nicht irgendwelche Staaten. Die russische Regierung führt seit 2022 eine offizielle Sanktionsliste unfreundlicher Staaten,<sup>2</sup> auf der sich sämtliche EU-Mitglieder und alle NATO-Mitglieder mit Ausnahme der Türkei wiederfinden. Darüber hinaus ist in der Konzeption ausdrücklich von der „Verhinderung der Anzettelung von Farbrevolutionen“ die Rede. Der Südkaukasus gilt als Teil des sogenannten *Nahen Auslands*, jener Zone privilegierter Interessen, in der Russland nach eigenem Verständnis das Recht auf eine besondere Rolle beansprucht.

Der Zerfall der Sowjetunion hat keine klaren Nachfolgeverhältnisse hinterlassen, sondern

offene Grenzfragen, ungelöste Konflikte und Abhängigkeiten, die einfach fortbestanden. Russland hat diese Erbmasse nicht bewusst erschaffen, aber es hat sie bewusst verwaltet und als Instrument genutzt, um ehemalige Sowjetrepubliken im eigenen Orbit zu halten. Das Ziel war nicht, diese Staaten zu integrieren oder zu modernisieren, sondern zu verhindern, dass sie sich anderen Zentren zuwenden. Da Russland keine Anziehungskraft wie etwa die EU entwickeln konnte, blieb nur das Verhindern. Die Hebel, militärische Präsenz, Energieabhängigkeiten, Infrastrukturkontrolle und die Mediatorrolle in ungelösten Konflikten, waren im Kern Fesselungsinstrumente, keine Integrationsangebote.

Rückblickend war dieses Modell weniger solide, als es schien. Russlands Stellung im Südkaukasus beruhte zu einem erheblichen Teil auf dem Glauben, dass Moskau im Ernstfall eingreift. Dieser Glaube erwies sich als überhöht. Als regionale Akteure begannen, die Grenzen der russischen Macht auszutesten, folgte kein entschlossener Gegenschlag, sondern Kalkül,

<sup>1</sup> Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation (2023): Konceptija Vnjesnjej Politiki Rossijskoj Federacii, online unter: [https://mid.ru/en/foreign\\_policy/fundamental\\_documents/1860586/?lang=ru](https://mid.ru/en/foreign_policy/fundamental_documents/1860586/?lang=ru)

<sup>2</sup> Regierungsverordnung der Russischen Föderation Nr. 430-r vom 5. März 2022, seither mehrfach erweitert, zuletzt Oktober 2022. Online unter: [www.government.ru/docs/44745/](http://www.government.ru/docs/44745/)

Zurückhaltung und im Zweifel Akzeptanz vollendeter Tatsachen. 2020 gewann Aserbaidschan, gestützt auf die Türkei, einen Krieg, ohne dass Russland entscheidend eingriff. 2022 offenbarte der Ukrainekrieg, was hinter der Drohkulisse steckte: Eine Armee mit erheblichen strukturellen Schwächen. Was als Hinterhof Moskaus galt, erwies sich als Raum, in dem andere Akteure längst begonnen hatten, die Fähigkeiten Russlands zu testen.

Seit 2020 erodieren die russischen Hebel in der Region. Was in den drei Ländern des Südkaukasus davon übrig bleibt, ist unterschiedlich.

Hebeltyp	Armenien	Georgien	Aserbaidschan
Militär	stark	stark	entfallen
Energie	stark	schwach	entfallen
Infrastruktur	stark	schwach	entfallen
Wirtschaft	schwach	schwach	schwach

Tabelle 1: Russlands Hebel im Südkaukasus (eigene Darstellung)

### Aserbaidschan: Emanzipation vollendet

Kein anderer Staat im Südkaukasus hat Russlands Hebel so konsequent und erfolgreich gekappt wie Aserbaidschan. Die Geschichte dieser Emanzipation beginnt nicht 2022, sondern zwei Jahre früher, mit dem Zweiten Bergkarabach-Krieg.

Bergkarabach ist eine Region im südlichen Kaukasus, die völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehört, nach dem Zerfall der Sowjetunion aber von ethnischen Armeniern kontrolliert wurde. Russland hatte sich als Vermittler etabliert und nutzte diese Rolle geschickt, um Einfluss auf beide Seiten zu behalten. Im Rahmen der OSZE-Minsk-Gruppe, einem internationalen Verhandlungsformat unter russischem, französischem und US-amerikanischem Co-Vorsitz, hielt Moskau das Konfliktformat seit den 1990er Jahren in der Hand, ohne eine Lösung anzustreben. Ein eingefrorener Konflikt war nützlicher als ein gelöster.

Im Herbst 2020 errang Aserbaidschan in 44 Tagen einen militärischen Sieg, der diese Ordnung aus den Angeln hob. Baku setzte die Rückeroberung weiter Teile Bergkarabachs durch, gestützt auf moderne türkische Drohnentechnologie und in enger Abstimmung mit Ankara, nicht mit Moskau. Russland akzeptierte das Ergebnis, stationierte Friedenstruppen im verbliebenen Konfliktkorridor und sah zu. Der Waffenstillstand vom November 2020 war kein russischer Triumph, sondern ein russisches Arrangieren mit vollendeten Tatsachen.

Warum griff Russland nicht ein? Die Antwort liegt in einer strategischen Fehlkalkulation, die zugleich etwas Grundlegendes über die Grenzen russischer Macht verrät. Moskau stand vor einer einfachen Wahl: Entweder es stellt sich militärisch hinter Armenien und riskiert eine direkte Konfrontation mit der Türkei, die klar auf aserbaidschanischer Seite stand. Oder es akzeptiert das Ergebnis und versucht, durch Friedenstruppen und die geplante Kontrolle über einen geplanten Transitkorridor den Einfluss zu sichern. Eine Konfrontation mit der Türkei wollte Moskau vermeiden. Das pragmatische Verhältnis zu Ankara, das sich in Syrien, Libyen und im Energiesektor entwickelt hatte, war Russland zu wertvoll. Russland ließ Aserbaidschan also gewinnen, in der Erwartung, über die Friedenstruppen und die geplante Korridorkontrolle präsent zu bleiben. Diese Erwartung wurde enttäuscht.

Im September 2023 vollendete Aserbaidschan die Rückeroberung Bergkarabachs. Die russischen Friedenstruppen blieben untätig, auch weil Moskau militärische Ressourcen in der Ukraine brauchte. Es folgte ein Exodus der armenischen Bevölkerung Bergkarabachs binnen weniger Tage. Die OSZE-Minsk-Gruppe wurde im September 2025 aufgelöst und Russland zog seine Truppen aus nunmehr aserbaidschanischem Territorium ab.

Den strategischen Rückhalt für Bakus Entschlossenheit lieferte die Schuscha-Erklärung vom Juni 2021. Mit ihr formalisierten die Türkei und Aserbaidschan ihre Allianz und

verankerten eine gegenseitige Beistandsverpflichtung: Im Falle einer Bedrohung oder eines Angriffs auf die Unabhängigkeit, Souveränität oder territoriale Integrität eines der beiden Staaten sind beide zur Konsultation und gegenseitigen Unterstützung verpflichtet. Diese Zusage fällt jedoch schwächer aus als die Beistandsklausel des NATO-Vertrags. Was diese Allianz über einen formellen Vertragstext hinaus trägt, ist ihr ideologisches Fundament: Beide Länder verstehen sich explizit als eine Nation in zwei Staaten. Für Baku war die Schuscha-Erklärung die Absicherung, die es brauchte: Ein russischer Gegenschlag hätte einen Konflikt mit einem NATO-Mitglied riskiert.

Besonders aufschlussreich ist die Geschichte des sogenannten Zangezur-Korridors. Dieser Korridor durch den Süden Armeniens sollte Aserbaidschan mit seiner Exklave Nachitschewan verbinden, einem von Armenien und dem Iran umschlossenen Gebiet mit kurzer Westgrenze zur Türkei. Eine durchgehende Landverbindung durch Armenien würde also nicht nur Aserbaidschan mit seiner Exklave verbinden, sondern auch eine Transitroute von der Türkei bis nach Aserbaidschan schaffen. Ankara hat daran ebenso großes Interesse wie Baku. Im Waffenstillstandsabkommen von 2020 war vorgesehen, dass russische Grenztruppen des FSB diesen Korridor kontrollieren sollten. Aus diesem Plan wurde jedoch nichts. Armenien verweigerte die Umsetzung, und nach dem armenisch-aserbaidschanischen Friedensvertrag vom August 2025 wurde die Korridorfrage unter anderen Vorzeichen neu geregelt. Im Rahmen des TRIPP-Abkommens, das die USA als Mediator vermittelten, wird die Transitroute nun von einer Entwicklungsgesellschaft unter US-Mehrheitsbeteiligung aufgebaut und betrieben. Wo der FSB hätte stehen sollen, stehen nun amerikanische Partner.

Was bleibt, ist wirtschaftliche Verflechtung ohne strategische Abhängigkeit. Russland ist im nicht-Öl-Handel nach wie vor ein relevanter Partner für Aserbaidschan. Das ist funktionale Interdependenz, kein Druckmittel. Baku

entscheidet, mit wem es Geschäfte macht, und es entscheidet souverän.

***Baku entscheidet, mit wem es Geschäfte macht, und es entscheidet souverän.***

### **Georgien: Kontrolle ohne Kooperation**

#### **Territoriale Vetoposition**

Russlands stärkster Hebel in Georgien ist die Militärpräsenz in Abchasien und Südossetien. Russische Truppen waren in beiden Regionen bereits seit den frühen 1990er Jahren stationiert. Der Krieg von 2008 veränderte ihren Status grundlegend: Russland erkannte als einzige Großmacht die Unabhängigkeit beider Regionen an und festigte damit seine Militärpräsenz dauerhaft. Die besetzten Gebiete reichen teils auf wenige Hundert Meter an den wichtigsten Ost-West-Korridor Georgiens heran, der Transitachse, über die Güter, Gas und Menschen zwischen Europa und Zentralasien bewegt werden. Russland muss Georgien politisch nicht dominieren, solange es geografisch in unmittelbarer Reichweite der Lebensader des Landes sitzt. Georgien seinerseits macht die Rückgabe der abtrünnigen Gebiete zur Vorbedingung jeder Normalisierung der Beziehungen zu Russland. Solange diese Bedingung besteht, bleibt der Hebel wirksam.

Jüngsten Berichten zufolge baut Russland in Abchasien einen Marinestützpunkt aus, rund 30 Kilometer nördlich von Anaklia. Der geplante Tiefseehafen von Anaklia soll Georgien zum zentralen Umschlagplatz des Mittleren Korridors machen, jener Transitroute, die Europa mit Zentralasien und China verbindet und seit Russlands Ukrainekrieg erheblich an Bedeutung gewonnen hat.

#### **Der Georgische Traum: Machterhalt vor Geopolitik**

Die seit 2012 regierende Partei Georgischer Traum gilt weithin als prorussisch. Diese Einschätzung greift zu kurz. Ihr Kurs lässt sich nicht aus russischen Interessen erklären, sondern

hauptsächlich aus georgischen Eigeninteressen. Die Partei ist keine Moskauer Schöpfung und kein ideologisch prorussisches Projekt. Sie ist eine zunehmend autoritär regierende Partei, die ihren Machterhalt über jede geopolitische Orientierung stellt. Der Schlüssel liegt in der Person ihres Gründers Bidsina Iwanischwili. Der Milliardär hat sein Vermögen in Russland aufgebaut und betrachtet die EU-Integration mit ihrer Betonung von Rechtsstaatlichkeit, Justizreform und Korruptionsbekämpfung als existenzielle Bedrohung für seine Machtposition. Das erklärt den Kurs der Partei besser als jede Analyse russischer Einflusskanäle.

Das 2024 verabschiedete Gesetz über ausländische Einflussnahme, das sich eng an das russische Vorbild von 2012 anlehnt und die Zivilgesellschaft sowie unabhängige Medien unter Druck setzt, ist in dieser Logik kein Geschenk an Moskau, sondern ein Instrument des Machterhalts. Dass es Moskau nützt, ist ein Nebeneffekt, kein Ziel.

### **Wirtschaftliche Verflechtung**

Der georgische Traum profitiert von einer wirtschaftlichen Verflechtung mit Russland, die vor allem Georgien verwundbar macht. Russland ist Georgiens zweitgrößter Handelspartner nach der Türkei. 65% der georgischen Weinexporte gingen 2023 nach Russland, 97% der Getreide- und Mehlimporte stammten aus Russland. Georgien importiert seinen Gasbedarf überwiegend aus Aserbaidschan, ist bei Gasimporten also nicht direkt von Russland abhängig. Allerdings ist Georgiens Stromnetz noch immer in den postsowjetischen IPS/UPS-Verbund integriert, der technisch mit dem russischen Netz gekoppelt ist. Zudem hält ein russisches Staatsunternehmen die Mehrheitsanteile am Strombetreiber der Hauptstadt Tiflis. Das sind infrastrukturelle Verflechtungen, die unabhängig von Gaslieferungen wirken. Russland seinerseits nutzt Georgien als Transitraum zur Umgehung westlicher Sanktionen, selbstverständlich gegen Aufschlag.

***Der Georgische Traum muss Moskau nicht bedienen, er muss nur nicht gegen Moskau handeln.***

### **Gesellschaftlicher Resonanzraum**

Umfragewerte zur EU-Integration zeichnen in Georgien ein optimistisches Bild. Regelmäßig sprechen sich rund 80% der Befragten für einen EU-Beitritt aus. Sie täuschen jedoch darüber hinweg, dass diese Erhebungen überwiegend in urbanen Zentren stattfinden. Auf dem Land, wo die Georgisch-Orthodoxe Kirche als gesellschaftliche Autorität eine Rolle spielt, die mit der Kirche in Serbien oder Griechenland vergleichbar ist und weit über das hinausgeht, was in Westeuropa noch denkbar wäre, sieht die Welt anders aus. 80% der Georgier bezeichnen sich als orthodox und offen Politik gegen die Kirche zu machen ist politisch heikel. Die Kirche ist dabei kein russisches Instrument, aber sie ist ein Resonanzraum für konservative und antiwestliche Narrative, die russischen Interessen nützen, ohne dass Moskau sie steuert.

Unter Patriarch Ilia II., der die Kirche fast 49 Jahre führte, blieb dieser Resonanzraum begrenzt. Ilia II. hielt eine bemerkenswerte Balance: Er pflegte kirchendiplomatische Kontakte zum Moskauer Patriarchat, bewahrte aber institutionelle Unabhängigkeit gegenüber dem georgischen Staat. Diese Balance hatte einen konkreten Hintergrund: Das Moskauer Patriarchat erkennt bis heute formal die georgische Kirchenzuständigkeit über Abchasien und Südossetien an. Ein offener Bruch mit Moskau hätte diese Anerkennung riskiert. Ilia II. starb im März 2026. Sein designierter Nachfolger Metropolit Shio gilt als regierungsnah und prorussisch. Mit dem Tod von Ilia II. entfällt die personelle Garantie, dass die Kirchenautorität nicht stärker prorussisch ausgerichtet wird. Sollte das eintreten, wird eine gesellschaftliche Europäisierung Georgiens und eine offene Abkehr von Russland erheblich schwerer.

## Armenien: Abkehr ohne Entkopplung

### Paschinjans Kurs

Von den drei Staaten des Südkaukasus hat Armenien seit 2020 die tiefgreifendste außenpolitische Neuausrichtung vollzogen. Nikol Paschinjan, der 2018 durch eine friedliche Protestbewegung an die Macht kam, hat sein Land in wenigen Jahren von einem der engsten Verbündeten Russlands zu einem Staat verwandelt, der aktiv nach Alternativen sucht. Der Auslöser war die militärische Niederlage in Bergkarabach. Als die Kämpfe 2020 eskalieren, bat Armenien als Mitglied der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit formal um Unterstützung durch das Bündnis. Diese Unterstützung blieb aus. Das Gefühl, von Russland im entscheidenden Moment im Stich gelassen worden zu sein, hat das armenisch-russische Verhältnis seither grundlegend verändert.

Die politischen Schritte seither sind bemerkenswert. Armenien for seine Mitgliedschaft in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit 2024 ein. Es ratifizierte das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs und es begrüßte eine zivile EU-Beobachtungsmission auf armenischem Territorium. Im Januar 2025 wurde eine strategische Partnerschaft mit den USA unterzeichnet. Im selben Jahr verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das den Weg zur EU-Mitgliedschaft formal öffnet. Im Mai 2026 findet der erste EU-Armenien-Gipfel in Jerewan statt. Das ist, in der Sprache der Diplomatie, eine vollständige Neuausrichtung. Die politische Abkehr Armeniens von Russland ist real. Die strukturelle Verflechtung mit Russland ist es auch.

**Die politische Abkehr Armeniens von Russland ist real. Die strukturelle Verflechtung mit Russland ist es auch.**

### Strukturelle Verflechtung

Wer nach Jerewan fährt und das Alltagsleben betrachtet, sieht wenig von der politischen Neuausrichtung. An den Tankstellen tanken die

Autos Erdgas, das überwiegend aus Russland kommt. Die Eisenbahn fährt auf Gleisen, die ein russisches Staatsunternehmen betreibt. Das Gas kommt durch Pipelines, die Gazprom Armenia kontrolliert.

Jahr	Russland (Mio. m <sup>3</sup> )	Iran (Mio. m <sup>3</sup> )	Gesamt (Mio. m <sup>3</sup> )	Anteil RUS
2020	2.208,6	386,8	2.595,4	85,1 %
2021	2.449,2	344,6	2.793,8	87,7 %
2022	2.599,6	371,8	2.971,4	87,5 %
2023	2.360,4	370,4	2.730,8	86,4 %
2024	2.288,5	446,3	2.734,8	83,7 %

Tabelle 2: Armeniens Gasimporte 2020–2024 (Quellen: Energy Balance 2023/2024, GHG-Inventar 2022)

Armenien bezieht rund 84% seiner Gasimporte aus Russland. Im Jahr 2024 waren das 2.289 Millionen Kubikmeter von insgesamt 2.735 Millionen Kubikmeter. Die restlichen 16% kommen aus dem Iran, im Rahmen eines Tauschgeschäfts Gas gegen Strom. Dieses Arrangement ist laut aktuellen Daten weiterhin aktiv. Der Inlandsvertrieb läuft vollständig über Gazprom Armenia, eine Tochtergesellschaft des russischen Staatskonzerns und Monopolist auf dem armenischen Gasmarkt. Armenien gehört zu den Ländern mit der höchsten Nutzung von Erdgas als Kraftfahrzeugkraftstoff weltweit. Da der russische Anteil an den Gasimporten bei über 80% liegt, bedeutet das: Ein Großteil des Straßenverkehrs in Armenien wird faktisch mit russischem Gas betrieben.

Auch die Eisenbahn ist ein russisches Instrument. Das armenische Schienennetz wird auf Basis eines Konzessionsvertrags von der russischen Staatsbahn betrieben, der bis 2038 läuft. Als Armenien Interesse signalisierte, diese Vereinbarung neu zu verhandeln oder einen Drittbetreiber einzubeziehen, antwortete Moskau mit wirtschaftlichen Drohungen gegenüber armenischen Unternehmen in Russland.

### Militärische Präsenz

Russlands Militärpräsenz in Armenien reicht bis in die Zarenzeit zurück und postsowjetische bilaterale Verträge haben diese Präsenz bis in die

Gegenwart fortgeschrieben. Der 102. russische Militärstützpunkt in Gjumri wurde vertraglich bis 2044 verlängert. Rund 4.000 Soldaten sowie Luftabwehrsysteme sind dort stationiert. Präsident Paschinjan hat öffentlich erklärt, dass Armenien derzeit keinen Abzug dieser Truppen anstrebt. Das ist kein Widerspruch zu seiner Westorientierung, sondern Kalkül: Die russische Präsenz erfüllt eine abschreckende Funktion gegenüber Aserbaidschan und der Türkei. Solange keine gleichwertige Alternative besteht, ist sie aus armenischer Sicht ein Sicherheitspuffer, auch wenn der Verbündete dahinter das Vertrauen verloren hat.

Denn dieses Vertrauen hat Russland in den Jahren nach 2020 nachhaltig verspielt. Aserbaidschanische Streitkräfte operierten auch nach dem Waffenstillstand auf international anerkanntem armenischem Kernland, also auf Territorium jenseits des umstrittenen Bergkarabachs. Russische Streitkräfte blieben untätig. Armenien betrachtete dies als Verrat an einem Bündnispartner.

### Die Kernfrage

Armeniens sicherheitspolitische Lage ist so beschaffen, dass im Ernstfall niemand kommt. 2020 hat das bewiesen. Aserbaidschan griff an, Armenien bat seine Verbündeten um Hilfe, und die Antwort war: Erklärungen. Russland lieferte keine Truppen, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit kam nicht, der Westen appellierte. Das ist kein Vorwurf, es ist eine geografische und politische Realität. Armenien liegt zwischen der Türkei und Aserbaidschan, hat keinen Zugang zum Meer, grenzt im Süden an den international isolierten Iran und im Norden an Georgien. Das sind keine guten Voraussetzungen für einen Staat, der entscheiden will, wem er sich anvertraut.

Russland versucht dabei nicht nur über Energie, Infrastruktur und Militärpräsenz Einfluss zu behalten. Es fördert aktiv den armenisch-russischen Geschäftsmann Samvel Karapetyan als politische Alternative zu Paschinjan und setzt auf ihn als Anker eines moskaufreundlicheren Kurses in Jerewan.

### Die Schlüsselvariable: Türkisch-armenische Normalisierung

Russland muss Armenien keinen direkten Druck machen. Die Geografie tut es. Hinzu kommt die pantürkische Dimension. Aserbaidschan und die Türkei bilden eine enge Allianz, die durch die Schuscha-Erklärung von 2021 institutionalisiert ist. Für Russland ist Armenien der letzte Staat, der eine durchgehende Achse vom Mittelmeer bis zur zentralasiatischen Steppe unterbricht. Fiele Armenien vollständig in den türkisch-aserbaidschanischen Orbit, entstünde ein zusammenhängender Korridor pantürkischer Einflussphäre, der Russlands südliche Flanke strukturell schwächt. Das ist ein Grund, warum Moskau Armenien nicht einfach fallen lässt, auch wenn die politische Beziehung zerrüttet ist.

Die entscheidende Variable für Armeniens Zukunft ist die Normalisierung mit der Türkei. Sie ist außenpolitisch eine Notwendigkeit, innenpolitisch jedoch eine Zumutung. Der Massenermord an den Armeniern im Osmanischen Reich, den Armenien als Genozid bezeichnet und die Türkei bis heute nicht anerkennt, ist im kollektiven Gedächtnis tief verankert. Für viele Armenier sind die Türken nicht einfach ein schwieriger Nachbar, sondern der Täter eines historischen Verbrechens. Dass Präsident Paschinjan diese Annäherung trotzdem vorantreibt, ist politisch bemerkenswert und innenpolitisch riskant. Gelingt die Normalisierung, bricht Armeniens infrastrukturelle Isolation. Eine offene Grenze zur Türkei würde Handelsrouten öffnen, die Bahnverbindung Kars-Gjumri wieder zugänglich machen und die strukturelle Grundlage russischer Resthebel erheblich schwächen. Scheitert sie, bleibt Armenien materiell an Russland gebunden, unabhängig davon, wie viele diplomatische Abkommen Paschinjan unterzeichnet. Das TRIPP-Abkommen ist in diesem Kontext mehr als ein Infrastrukturprojekt: Es ist ein amerikanischer Einsatz auf eine erfolgreiche Normalisierung und ein Signal, dass Washington die strukturelle Isolation Armeniens als Problem erkannt hat.

***Gelingt die türkisch-armenische Normalisierung, bricht Armeniens infrastrukturelle Isolation. Scheitert sie, bleibt Armenien materiell an Russland gebunden, unabhängig davon, wie viele diplomatische Abkommen Pashinjan unterzeichnet.***

### Wer füllt die Lücke?

Die Akteure, die an Russlands Stelle im Südkaukasus treten, folgen eigenen Interessen und bringen keine Demokratisierung, keine Rechtsstaatlichkeit und keine westlichen Normen mit, sondern Infrastruktur, Sicherheitsgarantien und Kapital.

Die Türkei ist der wichtigste Nutznießer des russischen Rückzugs. Durch die Schuscha-Erklärung und die pantürkische Allianz mit Aserbaidschan hat sie sich als eigenständiger sicherheitspolitischer Ordnungsakteur im Südkaukasus etabliert. Gleichzeitig verfolgt Ankara die Normalisierung mit Armenien, wenngleich zögerlich. Gelingt sie, wäre die Türkei der entscheidende Akteur bei der Auflösung von Armeniens infrastruktureller Isolation. Der Südkaukasus wäre dann keine russische Einflussosphäre mehr, sondern in erheblichem Maße eine türkisch-aserbaidschanische.

Die USA sind durch das TRIPP-Abkommen vom August 2025 als Infrastrukturpartner in die Region eingestiegen. Mit einem Mehrheitsanteil von 74% an der TRIPP-Entwicklungsgesellschaft und einer Laufzeit von 49 Jahren haben sie eine institutionelle Präsenz geschaffen, die über die Amtszeit jeder Regierung hinausreicht.<sup>3</sup> Der symbolische Gehalt ist dabei mindestens so bedeutsam wie der materielle: Wo Russland den FSB stationieren wollte, steht nun amerikanische Infrastruktur.

China bewegt sich leiser, aber beständig. Der Mittlere Korridor, jene Transitroute von China

über Zentralasien, das Kaspische Meer und den Südkaukasus nach Europa, hat seit Russlands Ukrainekrieg erheblich an Bedeutung gewonnen. Georgien und Aserbaidschan haben sich als unverzichtbare Partner in diesem Netzwerk etabliert. Armenien, lange von regionalen Transportachsen abgeschnitten, könnte durch das TRIPP-Abkommen erstmals Anschluss an diese Korridore gewinnen. Chinas wachsendes Engagement im Südkaukasus folgt einer eigenen strategischen Logik und ist vom russischen Rückzug unabhängig. Die Vergabe des Anaklia-Hafenprojekts in Georgien an ein chinesisches Konsortium, das unter US-Sanktionen steht, zeigt die Reichweite dieses Engagements und wie weit es den westlichen Interessen zuwiderlaufen kann.

Der Iran ist der heimliche Verlierer dieser Neuordnung. Er hat stets darauf bestanden, dass kein Korridor entlang seiner nördlichen Grenze entsteht, der seinen Landzugang zu Armenien kappt und die türkisch-aserbaidschanische Einflussosphäre bis an seine Grenzen vorschiebt. Das TRIPP-Abkommen tut genau das. Teheran hat wenig Mittel, dies zu verhindern.

Die Europäische Union ist in der Region präsent, aber nicht als Ordnungsakteur. Eine zivile EU-Beobachtungsmission auf armenischem Territorium ist ein politisches Signal, aber kein sicherheitspolitisches Instrument. An Georgien hat die EU den Kandidatenstatus vergeben, ihn aber nach dem demokratischen Rückschritt des georgischen Traums faktisch eingefroren. Der Südkaukasus bleibt an der Peripherie europäischer Gestaltungsmacht: Zu weit, zu komplex, zu transaktional für ein Engagement, das strukturell wirkt.

### Was kann Deutschland tun? Und was nicht?

Der Südkaukasus ist kein Raum, in dem Deutschland oder die EU eigenständige Ordnungsmacht ausüben. Die Region liegt an der

<sup>3</sup> U.S. Department of State (2025): The TRIPP Implementation Framework, online unter: <https://www.state.gov/wp->

content/uploads/2026/01/TRIPP-Implementation-Framework.pdf

äußersten Peripherie europäischer Einfluss-sphäre, und die Akteure, die dort tatsächlich gestalten, sind geographisch nah, politisch direkt betroffen oder ressourcenstark: Die Türkei, die USA, China, Aserbaidschan. Der Südkaukasus ist zudem eine Region, in der transaktionale Logik regiert, Gesellschaften stark von patriarchalischen und klientelistischen Strukturen geprägt sind und westliche Normen keine selbstverständliche Anziehungskraft entfalten.

***Wer den Rückzug Russlands als Einladung zur europäischen Gestaltungsmacht versteht, wird enttäuscht. Die Lücke füllen andere, und sie füllen sie nach ihren eigenen Regeln.***

Das bedeutet nicht, dass Europa keine Rolle spielt. Die Aussicht auf EU-Mitgliedschaft gibt Paschinjan innenpolitischen Rückhalt. Armeniens Rüstungskoooperation mit Frankreich und Indien trägt zur militärischen Diversifizierung bei. Und im Energiebereich entwickelt Europa erstmals einen materiellen Hebel: Das Caucasus Transmission Network, finanziert u.a. durch die deutsche KfW-Bank, soll die Stromnetze Armeniens und Georgiens aus dem postsowjetischen Verbund lösen und perspektivisch an das europäische Netz anbinden. Parallel dazu arbeitet die EU an einer Stromverbindung zwischen Armenien und der Türkei. Eine 220-kW-Leitung zwischen beiden Ländern existiert bereits und könnte in Zukunft stärker genutzt werden.

Die türkisch-armenische Normalisierung bleibt der einzige Mechanismus, der Armeniens strukturelle Isolation dauerhaft aufbrechen und damit die Grundlage russischer Resthebel schwächen kann. Europa hat hier einen legitimen Gesprächskanal, den es bisher über den

Energiebereich hinaus nicht systematisch nutzt.

### Fazit

Russlands Hegemonie im Südkaukasus ist Geschichte. Dies ist nicht das Ergebnis westlicher Politik, sondern die Folge regionaler Verschiebungen, eigener russischer Fehler und des Ukrainekriegs. Was bleibt, ist ein Resteinfluss, dessen Tiefe und Reichweite von Land zu Land erheblich variiert. In Aserbaidschan ist der russische Hebel weitgehend entfallen. Baku hat seine Abhängigkeit systematisch abgebaut, seinen wichtigsten Konflikt auf eigene Rechnung gelöst und sich in der Türkei einen neuen, starken Verbündeten gesichert. In Georgien wirkt der russische Hebel territorial: Nicht durch politische Steuerung, sondern durch Militärpräsenz in Abchasien und Südossetien und geographische Nähe zu den Lebensadern des Landes. In Armenien besteht die strukturelle Verflechtung fort, aller politischen Symbolik zum Trotz.

Die Erosion russischen Einflusses bedeutet weder automatisch Demokratisierung noch Verwestlichung. Die Akteure, die Russlands Stelle einnehmen, tun das nach eigenen Regeln: Die Türkei verfolgt eine pantürkische Agenda, die USA sichern sich Infrastrukturpositionen und China baut still und beständig seinen wirtschaftlichen Einfluss aus. Keiner dieser Akteure hat ein genuines Interesse daran, den Südkaukasus nach europäischen Wertvorstellungen zu gestalten.

Ihren wirksamsten Beitrag leisten Deutschland und die EU dort, wo strukturelle Veränderungen möglich sind: In der Unterstützung der türkisch-armenischen Normalisierung und in der Energiekonnektivität, die Armenien und Georgien schrittweise aus der postsowjetischen Energieinfrastruktur löst.

**Bojan Laganin**, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Kompetenzzentrum Krisenfrüherkennung an der Universität der Bundeswehr München. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören Geopolitik im postsowjetischen Raum sowie regionale Sicherheitsdynamiken in Südost- und Osteuropa. Der Autor dankt Luka Kamarauli, B.A., für seine Rechercheunterstützung zu den Kapiteln Georgien und Armenien.